

Beschluss des Landrats vom 12.12.2019

Nr. 306

17. Privatisierung des kantonalen Fahrzeugwesens 2018/349; Protokoll: ak

Rolf Blatter (FDP) beantragt Diskussion.

://: Dem Antrag auf Diskussion wird stattgegeben.

Rolf Blatter (FDP) hält die Antwort für nicht ganz zufriedenstellend, nicht nur weil sie etwas ablehnend ausgefallen ist, sondern weil sie auf zwei Hauptargumenten fusst: Erstens will man eine möglichst hohe Verfügbarkeit – das wäre aber auch der Anspruch an eine externe Lösung –, und zweitens will man das Know-how intern behalten. Es gibt aber wahrscheinlich auch Fahrzeuge, die wohl deutlich komplizierter sind als Polizeiautos oder Wischfahrzeuge, die auch funktionieren, ohne dass sie in der BUD-Garage gewartet werden.

Die ganze Garage kostet ca. CHF 5 Mio. im Jahr; es dürfte sich also lohnen, alternative Lösungen zu studieren. Immerhin hat der Landrat heute sogar zweitausendfränkige Budgetanträge länger diskutiert. Die Antwort drückt schlicht aus «Wir wollen das nicht». Denn zu einer externen Lösung heisst es einfach: «Die Zahlen konnten nicht ermittelt werden». Das ist etwas schwach.

Auch die GPK hat ja bemängelt, dass für den Entscheid «Make or Buy», mit dem man sich in der Wirtschaft immer wieder befasst, nur eine sehr schwache Zahlenbasis vorliege. Das Argument der Lehrlingsausbildung – natürlich ein hehres Ziel – und jenes der Sicherung der Arbeitsplätze sind nicht Grund genug, die Frage nicht vertieft zu prüfen. Die GPK hat einen Bericht in Auftrag gegeben zur Zukunft des Fahrzeugwesens, und auch dort heisst es in den Empfehlungen, für die Option «Leasing vor Kauf» sei ein Businessplan zu erstellen und daraus seien Ziele abzuleiten bzw. eine entsprechende Software sei einzuführen.

Es müssten günstigere Lösungen möglich sein, und insofern ist die Antwort nicht ganz befriedigend. Weitere politische Vorstösse bleiben deshalb vorbehalten.

Hanspeter Weibel (SVP) erklärt, im Rahmen des Berichts «Garage 2020+» habe die Geschäftsprüfungskommission bereits eine Stellungnahme abgegeben. Sie wartet immer noch auf eine entsprechende Antwort des Regierungsrats. Es gibt tatsächlich noch einige offene Punkte. So ist zum Beispiel das Betreiben einer eigenen Tankstelle für die Staatsangestellten eine noch nicht beantwortete Frage. Liegt die Antwort des Regierungsrats dereinst vor, kann das Thema wieder eingehend diskutiert werden.

://: Die Interpellation ist erledigt.
